



Für die Marktgemeinde Bezau

Sachbearbeiter:

Tel.:

Fax:

E-Mail:

Zahl:

Datum:

DI Peter Heiß

+43 5512 26000-21

+43 5512 26000-4

baurecht@regiobregenzerwald.at

be131.9-37/2019-2-8

28.11.2019

Antragsteller: Christian Innauer, Ellenbogen 186/1, 6870 Bezau,  
Bianca Schweizer, Ellenbogen 186/1, 6870 Bezau

Vorhaben: Errichtung eines Einfamilienhauses

Standort: Gst.-Nr. 1036/2, KG 91003 Bezau

## K U N D M A C H U N G

Die Antragsteller haben mit Eingabe vom 14.11.2019, eingelangt bei der Behörde am 15.11.2019, um die Erteilung der Bewilligung nach dem Baugesetz für die Errichtung eines Einfamilienhauses auf der Liegenschaft, Gst.-Nr. 1036/2, KG 91003 Bezau, nach Maßgabe der eingereichten Plan- und Beschreibungsunterlagen von Christian Moosbrugger, Mellau, vom 14.11.2019 angesucht.

Eine Umwidmung ist derzeit anhängig.

Über dieses Ansuchen wird eine mündliche Verhandlung auf

**Donnerstag, den 19.12.2019**

mit der Zusammenkunft der Teilnehmer um

**11:00 Uhr an Ort und Stelle**

anberaumt.

**Die antragstellende Partei wird ersucht, bis zur mündlichen Verhandlung die Gebäudeecken in der Natur darzustellen und die Baugrundstücksgrenze kenntlich zu machen. Zusätzlich sind die Geschoss- und Traufenhöhe sowie die Dachneigung in der Natur darzustellen (Baumaske).**

**Weitere Informationen:**

Die Plan- und Beschreibungsunterlagen liegen bis zum Verhandlungstag bei der Baurechtsverwaltung Bregenzerwald (6863 Egg, Impulszentrum 1135) während der Zeiten des Parteienverkehrs (Mo-Do 8:00–12:00, Fr 8:00–14:00 Uhr bzw. nach Terminvereinbarung) zur Einsichtnahme auf.

Gemäß § 42 Abs. 1 AVG wird die mündliche Verhandlung neben dem Aushang an der Amtstafel auch auf der Homepage der Marktgemeinde Bezau, [www. Bezau.at](http://www.Bezau.at) kundgemacht.

**Allfällige Stellungnahmen und Einwendungen:**

Ob jemand Beteiligter oder Partei im Verfahren ist, ergibt sich aus § 8 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991 (AVG) und den anzuwendenden Gesetzen:

Im Verfahren nach dem Baugesetz (BauG) haben neben dem Bauwerber bzw. dem Grundeigentümer oder Bauberechtigten die Nachbarn im Sinne des § 2 Abs. 1 lit. k BauG Parteistellung. Nach dieser Bestimmung sind Nachbarn die Eigentümer eines fremden Grundstückes, das zu dem Baugrundstück in einem solchen räumlichen Naheverhältnis steht, dass mit Auswirkungen des geplanten Bauwerkes, der geplanten sonstigen Anlage oder deren vorgesehenen Benützung, gegen welche die Bestimmungen des BauG einen Schutz gewähren, zu rechnen ist; als Nachbar gilt dabei nicht nur der Eigentümer eines vom Bauvorhaben betroffenen fremden Grundstückes, sondern auch derjenige, der an einem solchen fremden Grundstück ein Baurecht im Sinne des Baurechtsgesetzes des Bundes hat.

Gemäß § 26 Abs. 1 lit. a bis e BauG hat der Nachbar das Recht, durch Einwendungen die Einhaltung von Vorschriften

- des § 4 Abs. 4 BauG betreffend Naturgefahren, soweit mit Auswirkungen auf sein Grundstück zu rechnen ist
- der §§ 5 bis 7 BauG betreffend die Einhaltung von Abstandsvorschriften, soweit diese seinem Schutz dienen,
- des § 8 Abs. 1 und 2 betreffend den Immissionsschutz, soweit mit Immissionen auf seinem Grundstück zu rechnen ist und sein Grundstück nicht mehr als 100 Meter vom Baugrundstück entfernt ist
- des § 8 Abs. 3 und 4 betreffend den Immissionsschutz eines rechtmäßig bestehenden Betriebes, soweit der benachbarte Betrieb in den Anwendungsbereich von anderen anlagenrechtlichen Vorschriften fällt, diese die Vorschreibung nachträglicher Aufträge zu Lasten des Inhabers des Betriebes vorsehen und sein Grundstück nicht mehr als 100 Meter vom Baugrundstück entfernt ist
- und die Festlegungen des Bebauungsplanes über die Baugrenze, die Baulinie und die Höhe des Bauwerkes, soweit das Bauwerk nicht mehr 20 Meter von seinem Grundstück entfernt ist, geltend zu machen.

Allfällige Einwendungen können von den Parteien des Verfahrens bis spätestens am Tag vor Beginn der Verhandlung während der Amtsstunden bei der Baurechtsverwaltung Bregenzerwald oder während der Verhandlung vorgebracht werden. Werden von einer Partei keine Einwendun-

gen erhoben, so hat dies gemäß § 42 AVG zur Folge, dass die betreffende Person ihre Parteistellung verliert.

#### Entsendung von Vertretern:

Beteiligte können alleine, in Begleitung eines Vertreters oder mit einer Person ihres Vertrauens zur Verhandlung kommen. Die Vertreter der beteiligten Privatpersonen haben schriftliche Vollmachten mitzubringen, die sie zur Abgabe vorbehaltloser Erklärungen ermächtigen.

Der Bürgermeister  
der Marktgemeinde Bezau

Gerhard Steurer



i.A. DI Peter Heiß

Dieses Dokument ist elektronisch unterschrieben

An der Amtstafel

angeschlagen am 28.11.2019

abgenommen am

Auf der Homepage der Gemeinde

veröffentlicht am 28.11.2019